Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 53 (1959)

Heft: 4-5

Artikel: Weltrundschau : mourir pour Berlin? ; Bedingungen der Entspannung ; Im Orient ; Tibet, China, Indien ; Gewaltsozialismus? ; Zum eigenen Wesen zurück! ; Von der Bändigung der Dämonen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140357

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mourir pour Berlin! Wenn dieses Heft der «Neuen Wege» unsere Leser erreicht, wird die Genfer Außenministerkonferenz bereits begonnen haben. Aber eigentlich erwartet niemand viel von dieser Zusammenkunft. Die westmächtlichen Diplomaten gehen nur ganz widerwillig und dazu ziemlich uneinig nach Genf; müßten sie nicht ihren Völkern wieder einmal «beweisen», daß die Russen nur die Sprache der Atombomben verstehen, so würden sie viel lieber zu Hause bleiben und den Kalten Krieg «wie gehabt» fortsetzen, in der ebenso unbestimmten wie grundlosen Hoffnung, irgendwie doch einmal ans Ziel ihres Strebens zu kommen und den Russen ihren «Frieden» diktieren zu können.

Die Verhandlungsunwilligkeit und innere Uneinigkeit der Westmächte hat freilich ihre guten Gründe. Sie wissen sehr wohl, daß ihr Kalter Krieg gegen die Sowjetunion — und nun auch gegen China — längst eine völlig verzweifelte Angelegenheit geworden ist, jener Krieg, der offiziell am 23. April 1945 begann, als der frischgebackene Präsident Truman den sowjetischen Außenminister Molotow, der auf dem Weg zur Gründungstagung der UNO eine Friedensbotschaft nach Washington bringen wollte, in der beleidigendsten Form abkanzelte, offenbar im Vollgefühl des amerikanischen Alleinbesitzes der Atombombe, von der sich der Kreis um Truman, Vandenberg, Forrestal usw. Wunderwirkungen auf die Russen versprach. Die Politik der Einschüchterung und Erpressung der Sowjetunion durch die westmächtliche Militär- und Wirtschaftskraft ist dann in verschiedenen Formen vierzehn Jahre lang weiterbetrieben worden — aber heute ist es jedem verantwortlich denkenden Beobachter auch in den Westländern klar, daß auf diesem Wege nur noch ein Ziel erreicht werden kann: die Verwandlung des Kalten in den Heißen Krieg, das heißt also die Selbstvernichtung der gesitteten Menschheit in einer atomaren Weltkatastrophe. Und doch bringen die Westmächte und ihre Trabanten nicht den Mut und die Ehrlichkeit auf, diese Tatsache anzuerkennen und die gescheiterte «Politik der Stärke» durch eine Politik friedlichen Wettbewerbs mit den Oststaaten zu ersetzen. Wohl wächst in ihren Reihen die bessere Einsicht, allein die Interessen, die mit der Weiterführung des Kalten Krieges verknüpft sind, haben sich bisher als derart übermächtig erwiesen, daß sich aus dem Widerstreit der Meinungen und Strebungen im Westlager noch lange kein einheitlicher Wille zur Beschreitung des neuen Weges ergeben hat, der aus der Sackgasse herausführen könnte.

Macmillans «bewegliche Taktik» hat sich in den zahllosen, wirren Verhandlungen, die seit seiner Moskaureise unter den Westmächten gepflogen wurden, auf jeden Fall bisher nicht durchzusetzen vermocht.

Und auch das nun endgültig gewordene Ausscheiden des schwerkranken Mr. Dulles aus der Leitung der amerikanischen Außenpolitik wird im Grund an den Widerständen, auf die der britische Ministerpräsident stieß, vorerst nichts zu ändern vermögen, so wenig wie der Rückzug Adenauers aus dem Kanzlerpalais ins Schloß des Bundespräsidenten, der noch vor dem Herbst Tatsache sein wird. Und dennoch ist das — nicht zufällig fast gleichzeitig erfolgte — Bersten dieser beiden Säulen der westlichen Gewaltpolitik ein Zeichen dafür, daß im Innern der Völker Kräfte am Werk sind, die über kurz oder lang den ganzen riesigen und so kunstvoll aufgerichteten Bau des kriegerischen Antikommunismus zum Einsturz bringen werden.

Wie sehr es im Gebälk kracht, hört man auch aus dem — freilich sorgfältig abgedämpften — Konflikt zwischen de Gaulles Frankreich und den übrigen NATO-Mächten heraus. Gewiß: Auch de Gaulle ist in der deutschen Frage «stahlhart»; er geht mit Bonn durch dick und dünn. Aber w i e Europa gegen die Kommunisten verteidigt werden soll, das schreibt e r vor. Und ohne Frankreich gibt es eben keine alliierte Einheitsfront, eine Lage, die das neue Regime in Paris kräftig ausnützt, um Frankreichs «Souveränität» und Prestige in altem Glanz wiederherzustellen. «De Gaulle verlangt», so schreibt «U. S. News and World Report» (6. April), «daß Frankreich über alle französischen Streitkräfte verfüge. Er will nicht, daß die Amerikaner und Engländer ihnen Befehle erteilen. Die ‚Zusammenarbeit' in Kriegszeiten wird so weit gehen, wie e r gehen will. Die Schwierigkeit ist nur, daß der Grundgedanke der NATO die Zusammenfassung a l l e r Streitkräfte unter e i n e m Kommando ist ... De Gaulle übt einen starken Druck auf Amerika aus. Dies ist's, was er verlangt: Ein französisches Einspruchsrecht gegenüber der Verwendung von Kernwaffen überall in der Welt; Gleichstellung mit Amerika und England in bezug auf die erdumspannende Strategie und Diplomatie; amerikanische Hilfe für die Erhebung Frankreichs zur Atommacht. Das sind die Forderungen, die den amerikanischen und den NATO-Regierern schlaflose Nächte bereiten.»

Kann es bei solchen Zielen Herrn de Gaulle ernst sein mit der Entschlossenheit, es über Berlin nötigenfalls zum Kriege kommen zu lassen? Als Hitler seinerzeit Danzig, die damalige Freie Stadt, haben wollte und mit Krieg drohte, falls er es nicht sonst bekomme, hieß es in Frankreich: «Mourir pour Dantzig? Jamais!» Und jetzt sollen die Franzosen «mourir pour Berlin», falls sich die Amerikaner den ungehinderten Zugang zu Westberlin mit Waffengewalt sichern wollen? Schon jetzt probieren die Amerikaner ja aus, was sie den Russen alles zumuten können, indem sie plötzlich, entgegen der bisherigen Uebung, ihre Flugzeuge durch den Luftkorridor nach Berlin in mehr als 3000 Meter Höhe fliegen lassen. Geben die Russen das nach verschiedenen papierenen Protesten schließlich doch zu, dann ist für den Westen «bewiesen», daß man nur kühn und fest aufzutreten braucht, um die

Sowjets einzuschüchtern. Wehren sie sich aber unter Einsatz militärischer Mittel, dann haben die amerikanischen Militärführer den besten Grund, um ihrerseits mit Gewalt zu antworten — und der dritte Weltkrieg kann beginnen. Ist man in Frankreich, ist man vor allem in England wirklich bereit, dieses unverantwortliche Spiel mitzumachen — auf jede Gefahr hin? Es ist schwer auszudenken!

Bedingungen der Entspannung Man sagt nun natürlich, es gehe ja gar nicht bloß um Berlin; die Russen hätten es auf ganz Westdeutschland, ja auf Westeuropa überhaupt abgesehen, und in Berlin müsse man eben den Anfängen wehren, wenn man nicht von vornherein verloren sein wolle. Der alte Trug! Allein selbst ein Mann wie Walter Lippmann, der vielgelesene und wirklich nicht des «Kryptokommunismus» verdächtige amerikanische Journalist, gibt in einem kürzlich erschienenen Buch («Die kommunistische Welt und die unsrige») von einer langen Unterredung mit Chruschtschew den bestimmten Eindruck wieder, daß es der Sowjetführung nicht um eine gewaltsame Eroberung des Westens zu tun sei. Sie wolle zwar, ohne von den Westmächten behindert zu sein, die Konkurrenz mit der kapitalistischen Welt in Europa wie in Asien und Afrika durchstehen, aber ausschließlich mit friedlichen Mitteln, und fürchte nichts mehr als einen westmächtlichen Präventivkrieg, in dem ein neugerüstetes und besonders mit Atomwaffen versehenes Westdeutschland eine entscheidende Rolle zu spielen hätte. Diese Gefahr abzuwehren — so muß man wohl im Sinne Lippmanns folgern —, ist der ganze Sinn des diplomatischen Vorstoßes, den Moskau im vergangenen Spätjahr unternommen hat und der nun wenigstens einmal zu der Genfer Ministerkonferenz führen wird.

Ähnlich wird die Lage weitherum auch sonst im Westen beurteilt. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang nicht zuletzt ein Artikel von Paolo Vittorelli in «Mondo Operaio», der ausgezeichneten Monatsschrift der (links-)sozialistischen Partei Italiens (Nr. 1/2, 1959), in dem es heißt: «Das grundlegende Prinzip der Außen- und Militärpolitik der Sowjetunion in dieser Nachkriegszeit ist die Absicht gewesen, zu verhindern, daß sich mitten in Europa wieder eine militärische Großmacht bilde, die imstande wäre, die Grenzen des Sowjetblockes zu bedrohen ... Die Sowjetregierung, die die Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantikpakt und die Wiederaufrichtung einer konventionellen deutschen Wehrmacht nie gern gesehen hat, scheint entschlossen, sich auf alle Art der atomaren Wiederaufrüstung Deutschlands zu widersetzen. Warum heute und nicht schon gestern oder erst morgen? Weil heute, und nicht gestern oder morgen, die Bonner Regierung ... der atomare Hauptverbündete der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Festland ist und diese Eigenschaft ihr eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung der militärischen Strategie und Taktik des Westens verleiht ... Die Kriegs-

gefahr entspringt in Wirklichkeit nicht der Lage in Westberlin, sondern dem Willen, die atomare Wiederaufrüstung Bonns auch mit Gewalt zu verteidigen. Die richtige Fragestellung ist für uns im Westen also die: Sind wir bereit, Krieg zu führen, um es der Bonner Regierung zu ermöglichen, über Atomwaffen zu verfügen und eine Entatomisierung des Gebietes der beiden Deutschland, Polens und der Tschechoslowakei zu umgehen? Auf diese Frage lautet die Antwort eines großen Teiles der öffentlichen Meinung im Westen unbedingt verneinend.»

Was verhindert aber, daß der Westen als Ganzes zu der so gestellten Frage nein sagt? Zunächst natürlich die jeden Tag von der Presse, vom Radio, von der ganzen modernen Massenpropaganda künstlich genährte Angst, ohne Westdeutschlands atomare Aufrüstung (der sich ja nach dem Willen unserer Militärs auch die Schweiz anschließen soll) würden unfehlbar «die Russen kommen». Aber je länger, je mehr wird — unsere alte Erkenntnis — die westliche Kriegsrüstung selber zum großen Hindernis für eine internationale Entspannung. Dieser unheimlichen Erscheinung geht — neben andern Fragen — eine Sondernummer der «liberalen» Neuyorker «Nation» (28. März 1959) in höchst aufschlußreicher Art nach. Professor Paul A. Baran von der Stanford-Universität faßt die Tatsachen eindrucksvoll zusammen: «Die Hersteller militärischer ‚Dauergüter' — die Fabrikanten von Flugzeugen, Raketen, elektronischen Apparaturen usw. — stellen heute, vielleicht zum erstenmal in der amerikanischen Geschichte, einen machtvollen, wohlgegliederten Interessenblock dar, dessen Fortbestand von der Weiterführung des Rüstungsprogramms abhängt . . . Noch schlimmer: Man kann viel für die Behauptung vorbringen, daß eine echte internationale Entspannung wie ein echtes Abrüstungsprogramm auf heftigen Widerstand bei denen stößt, deren Interessen am besten mit der Fortsetzung des Wettrüstens gewahrt werden. Diejenigen, die unsere gegenwärtige Haltung gegenüber China beibehalten wissen wollen, diejenigen, die ständig bereit sind, uns im Nahen Osten oder in Deutschland an den Rand des Krieges zu führen, sind weder Baumeister des Friedens noch Vorkämpfer einer friedlichen Koexistenz. Peter F. Drucker hat den Finger auf den Kern der Sache gelegt: ‚In den internationalen Angelegenheiten . . . ist es durchaus möglich, daß eher die Militärtechnik die Grundursache der internationalen Spannung ist, als daß die Spannung an unseren militärischen Anstrengungen schuld ist.' Es ist tatsächlich reine Heuchelei, eine Beilegung der internationalen Konflikte zu verlangen als Vorbedingung für die Abrüstung. Es kann weder Frieden noch auch nur eine fruchtbare Bemühung um den Frieden geben, solange ein Rasseln mit H- und A-Bomben als das beste Mittel der Diplomatie gilt . . . Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und die Ausführung eines phantasievollen, langfristigen Planes für einen Umbau unserer Wirtschaft sind die Grundvoraussetzungen für die Ausbildung einer freien, de-

mokratischen Gesellschaft. Sie werden nicht erfüllt werden, bevor sie nicht der Kampfruf von Millionen amerikanischer Arbeiter, amerikanischer Bauern und amerikanischer Liberaler auf allen Lebensgebieten werden.» Amerikanischer und europäischer Arbeiter, Bauern und Liberaler, wollen wir hinzufügen!

Im Orient Natürlich hat — neben dem hier vor allem beteiligten Ölkapital — die Rüstungsindustrie ihre Hand auch um den Brandherd herum, der Orient heißt, sehr kräftig im Spiel. Wenn die Engländer Zypern als Militärstützpunkt erster Ordnung beibehalten, wenn Engländer und Franzosen schnell nach dem Suezkanal greifen, wenn die Amerikaner im Libanon und die Briten in Jordanien ihre Streitkräfte einsetzen oder sich in Persien breit machen, um reaktionäre Regierungen zu stützen und je nachdem die arabisch-nationalistische oder die kommunistische Gefahr für ihre Herrschaftsstellung abzuwehren, so haben die «marchands de la mort» alles Interesse daran, die Drohung für die «freie Welt» möglichst lebensgefährlich erscheinen und gegebenenfalls die Kriegsflamme hell auflodern zu lassen. Die Unstetigkeit und Wandelbarkeit der Lage im Orient erleichtert ihnen die Arbeit ja auch ganz beträchtlich. Um die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 1210) zu zitieren:

«Das mittelöstliche Kaleidoskop bringt die erstaunlichsten Wendungen. Zur Zeit der Suezkrise schilderte Eden Oberst Nasser als eine sowjetische Marionette, und heute klagt Kairo Großbritannien an, es sei in Bagdad dem internationalen Kommunismus behilflich. Auch Jordanien, dessen junger König zurzeit in London auf Besuch weilt, steht ganz anders da als vor einem Jahr. Damals mußten britische Truppen eingreifen, um Hussein und Samir Rifai vor dem Sturz zu retten. Jetzt können sich König und Ministerpräsident wochenlang nach Washington und London begeben, ohne daß die Revolution ausbricht, weil Oberst Nasser und General Kassem gegenwärtig so sehr von ihrem eigenen Streit absorbiert sind, daß Jordanien im Schatten der Militärmacht Israels eine Atempause genießt. Hauptprotektor Jordaniens ist heute nicht mehr England, sondern Amerika, das auch die wichtigsten Subventionen übernommen hat.»

Der Streit zwischen Nasser und Kassem, dem irakischen Diktator, beherrscht zurzeit in der Tat den vorderasiatischen Schauplatz weithin. Offen ausgebrochen ist er anläßlich des Aufstandes in Mosul gegen die Regierung von Bagdad, jenes Aufstandes, der nicht, wie man zunächst annehmen konnte, vom ausländischen Ölkapital finanziert wurde — es braucht vorläufig keine Verstaatlichung der Öllager zu befürchten —, sondern seine treibende Kraft im Widerstand gegen die Bodenreform der Regierung Kassem hatte. Bei der letzten Betriebszählung (1951), die die Hälfte Iraks umfaßte, nahmen die Großgüter von über 250 Hektaren mehr als 67 Prozent der gesamten Bodenfläche

ein; manche Güter hatten bis zu 1200 Hektaren. Das neue Bodengesetz ist keineswegs revolutionär, läßt es doch den Scheiks ihren Besitz, soweit er 250 Hektaren nicht bewässerten Bodens nicht übersteigt (in Syrien und Ägypten ist die Besitzgrenze 80 Hektaren) bei weitgehender Entschädigung für das enteignete Land. Dennoch stieß es auf die erbitterte Gegnerschaft der Betroffenen, die — und das ist nun das Entscheidende — wirksame Unterstützung nicht nur in den Reihen der Armeeoffiziere, sondern vor allem von seiten Nassers fanden. Der Einfluß des ägyptischen Diktators war schon bisher gering in Saudi-Arabien und Jordanien, und nun zeigt sich mehr und mehr, daß auch Syrien aus der Verbindung mit Ägypten wenig Vorteile zu ziehen vermag und besonders wirtschaftlich viel mehr zu Irak neigt als zu Ägypten, so daß Nasser fürchten muß, die Führung des allarabischen Blockes mit der Zeit an Irak übergehen zu sehen. Darum sein Eingreifen in die Mosul-Revolte, deren rasche Unterdrückung für seine hochfliegenden Pläne ein schwerer Schlag gewesen sein muß. Dies um so mehr, als die kommunistische Bewegung in Irak viel stärker ist als in irgendeinem anderen arabischen Land und die Sowjetunion sich offen hinter die Regierung Kassem stellt, die Chruschtschew als «das Zentrum eines fortschrittlichen und demokratischen Nationalismus» bezeichnete, auf dessen Boden «die arabische Welt einmal ihre Einheit finden» werde. Das war eine klare Herausforderung Nassers, der denn auch seither nicht aufhört, die Sowjetführung als «Feind Nr. 1 des arabischen Nationalismus» zu brandmarken. Wie weit es ihm mit diesem seinem Kampf gegen Moskau, über dessen Wirtschafts- und Finanzhilfe er froh genug sein mußte, wirklich Ernst ist, bleibe dahingestellt; fürs erste ist der Bruch zwischen Kairo und Moskau ebenso Tatsache wie die Wiederannäherung zwischen Kairo und London, die nach allem, was geschehen ist, doch etwas grotesk wirkt. Aber schließlich — was haben Grundsätze und gar Gefühle in einer Politik zu suchen, die so stark durch reine Machtziele und handgreifliche Wirtschaftsinteressen bestimmt ist wie diejenige des kapitalistischen England und des einstigen Führers der ägyptischen Sozialrevolutionäre?

Tibet, China, Indien Auf jeden Fall schmeicheln sich die Westmächte, im Ringen um den Nahen und Mittleren Osten wieder einige Punkte gewonnen zu haben. Und erst recht hoffen sie, aus dem Aufstand in Tibet Kapital für ihren Kalten Krieg gegen die Welt des Kommunismus schlagen zu können. Es hat ja im Westen — auch in der Schweiz — wirklich nicht an Versuchen gefehlt, einen Tibet-Kreuzzug à la Ungarn aufzuziehen und die Unterdrückung der tibetanischen Revolte durch die Chinesen als «ruchlose Zerstörung von alten Freiheitsrechten eines Volkes» hinzustellen, «das in erster Linie durch seine Gläubigkeit und Freiheitsrechte gekennzeichnet ist» («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1189). Nur eignet sich Tibet denkbar schlecht für ein solches Unternehmen. Nicht

nur ist Tibet eben seit 1951 wieder in aller Form ein Bestandteil Chinas, auch wenn ihm von Peking aus seine «innere Selbstverwaltung» gewährleistet wurde, so daß sich niemand wundern kann, wenn ein Versuch, Tibet gewaltsam von China loszureißen, mit militärischer Gegengewalt beantwortet wurde. Wichtiger ist, daß die Rede von den «freiheitsliebenden» Tibetanern, die von den Kommunisten brutal versklavt würden, eine offenkundige Propagandalüge ist. Unsere Leser erinnern sich vielleicht an einen Aufsatz des indischen Tibet-Reisenden Chandola, der, zuerst im «New Statesman» erschienen, im Oktoberheft 1958 auch von den «Neuen Wegen» auszugsweise wiedergegeben wurde. Darin finden sich zwei heute besonders wesentliche Feststellungen. Erstens: Der vielgenannte Nomadenstamm der Khampas rebelliert überlieferungsgemäß gegen jede Obrigkeit, und die Chinesen haben ihr Möglichstes getan, um in seinem Gebiet einigermaßen geordnete Zustände herzustellen. Zweitens: Die Chinesen sind sehr vorsichtig vorgegangen, um Tibet etwas zu modernisieren, Straßen zu bauen, die Landwirtschaft zu verbessern, den Wucher abzuschaffen und nicht zuletzt die hergebrachte Zwangsarbeit aufzuheben, «eine revolutionäre Wandlung, da früher die Mehrheit der Tibetaner in Klöstern und im Dienste der Großgrundbesitzer, der Vornehmen und der Beamten verhungerte und versklavt war». «Kurz, Tibet wird aus den Klauen einer sehr rückständigen, despotischen, feudalen Kirchenherrschaft befreit und bewegt sich auf der Bahn des Fortschritts.» Chandola verschweigt nicht sein tiefes Bedauern darüber, daß diesem Fortschritt ein gutes Stück altererbten tibetanischen Volkstums geopfert wird. Aber ist das wirklich die Schuld der Chinesen, die anderwärts in ihrem Riesenreich auf die kulturelle Eigenart der nationalen Minderheiten sorgsamst Rücksicht nehmen und namentlich auch — ich habe das in China immer wieder beobachten können — die religiösen Überlieferungen und Überzeugungen der buddhistischen und mohammedanischen ebenso wie der christlichen Bevölkerungsteile großzügig achten und schonen? Daß sie in Tibet anders verfahren sein sollen, will mir nicht in den Kopf; die nächstliegende Erklärung für den tragischen Zusammenstoß vom Frühjahr 1959 besteht wohl darin, daß trotz aller Vorsicht der Chinesen das Eindringen moderner Ideen in Tibet angesichts der phantastischen Abergläubigkeit des tibetanischen Volkes doch als Bedrohung, ja Zerstörung des alten Glaubens empfunden wurde und daß diese Stimmung von der feudalkirchlichen Oberschicht zum Zwecke der Erhaltung der längst überalterten Gesellschaftsverfassung ausgebeutet wurde.

Die Einbeziehung Tibetes in die Modernisierung Asiens ist auf jeden Fall unvermeidlich, und die Frage ist nur, ob von der berechtigten Eigenart Tibets soviel in die neue Zeit herübergerettet werden kann als überhaupt möglich ist — ein Problem, das sich ja auch China als Ganzem und allen anderen «Entwicklungsländern» stellt. Sicher ist, daß der Versuch, den Khampaaufstand und die

Mönchsrevolte (die von Tschiang Kai-scheks Formosaregime ausgiebig mit Waffen beliefert wurden) als edelste Freiheitsbewegung auszugeben — und Indien gegen China aufzuhetzen, ebenso einfältig wie gefährlich ist. Kingsley Martin hat nur zu sehr recht, wenn er im «New Statesman» (12. April) davor warnt, Feindschaft zwischen Indien und China zu säen und so Indien zu Militärausgaben zu veranlassen, die ihm die Lösung seines Hungerproblems noch mehr erschweren würden, als dies schon bisher der Fall ist. «Indien würde dann ein Land werden, in dem ein Besitzbürgertum, das amerikanische Bomberstützpunkte verlangte, Kommunisten gegenüberstünde, die die empörenden Tatsachen der Bauernarmut ausbeuten würden. Es sind wirklich Narren — in unserem Land wie in Amerika oder Indien (und in der Schweiz! H. K.) —, die froh wären, wenn sie Nehru gezwungen sähen, Indiens Neutralität aufzugeben und sich in einen Vorkämpfer des Kalten Krieges zu verwandeln.»

Gewaltsozialismus? Beim Überblick über die im Vorangehenden umrissenen Entwicklungen kommt einem so recht wieder zum Bewußtsein, wie sehr wir uns heute in einer ausgesprochen revolutionären Lage befinden. Man hat nicht umsonst die nationalen und internationalen Erschütterungen unserer Zeit, die auf die mannigfaltigste Art miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen, als «Klassenkampf im Weltmaßstab» bezeichnet. Ich würde lieber von einem weltweiten Aufstand gegen die kapitalistische Klassenherrschaft, besonders auch gegen ihre kolonialistischen und imperialistischen Ausdrucksformen, reden, einem Aufstand, der die Versuchung zur gewaltsamen Gegenrevolution ebenso nahelegt wie diejenige zur Anwendung revolutionärer Gewaltmittel. Es ist – neben dem Nationalismus der unterentwickelten Völker und mit ihm stark verbunden – vor allem die sozialistische Bewegung im weitesten Sinne, die sich immer wieder vor die alte Frage gestellt sieht, ob und in welchem Geist und Ausmaß der Gebrauch von Gewaltmethoden für die Erreichung ihrer Ziele notwendig ist.

Die klassische Form revolutionärer Gewaltsanwendung – zum Zwecke des Sturzes einer unerträglich gewordenen feudalen und kapitalistischen Gewaltherrschaft – ist heute freilich sehr in den Hintergrund getreten, mindestens in den industriell und politisch fortgeschrittenen Ländern, deren Staats- und Militärapparat viel zu stark geworden ist, als daß er ohne entscheidende Mitwirkung internationaler Erschütterungen durch revolutionäre Verschwörungen und Aufstände zerbrochen werden könnte. In den «zurückgebliebenen» Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bieten sich solcher Gewaltrevolution immer noch erhebliche Möglichkeiten, besonders wenn der Aufstand gegen die innere Klassenherrschaft mit der Bewegung zur Abschüttelung kolonialistisch-imperialistischer Fremdherrschaft zusammenfließt. Das bedeutendste Beispiel ist China.

Um so größere Aufmerksamkeit beanspruchen andere, modernere Formen sozialistischer und allgemein demokratischer Gewaltanwendung. Zunächst der bewaffnete Widerstand gegen einen unmittelbar drohenden Faschismus. «Der Faschismus», so schrieb Nehru in einem Brief vom 22. Juni 1933 an seine Tochter, «entsteht dann, wenn die Klassenkonflikte zwischen einem vordringenden Sozialismus und dem in die Enge getriebenen Kapitalismus in ein kritisches und entscheidendes Stadium treten ... Solange sich der Kapitalismus des Apparates demokratischer Einrichtungen bedienen kann, um an der Macht zu bleiben und die Arbeiterklasse niederzuhalten, wird es der Demokratie gestattet, zu florieren. Ist das nicht mehr möglich, dann schafft der Kapitalismus die Demokratie ab und bedient sich der offen faschistischen Methoden der Gewalt und des Terrors. Der Faschismus besteht in verschiedenen Schattierungen in allen Ländern Europas mit Ausnahme Rußlands.» Die krassesten Beispiele für diesen Vorgang sind natürlich das Italien Mussolinis, das Deutschland Hitlers und das Spanien Francos. Während aber die Demokratie – die bürgerliche wie die sozialistische – in Italien und Deutschland keinen organisierten bewaffneten Widerstand leistete, tat sie es in Spanien – und wurde ebenso besiegt wie die österreichische Résistance gegen die Diktatur Dollfuß.

Sollen wir also, so wird nun gefragt, gegen die Gefahr einer neuerlichen faschistischen Gegenrevolution nicht von langer Hand den militärischen Widerstand der Arbeiterklasse und ihrer bürgerlichen Freunde ins Auge fassen und organisieren? Denn daß diese Gefahr groß ist, liegt ja wirklich auf der Hand. Das militärische und wirtschaftliche Eingreifen der Vereinigten Staaten in West- und Südeuropa wie in verschiedenen Teilen Asiens war und ist nichts anderes als verschleiert faschistische Gegenrevolution, die namentlich in Westdeutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und im Nahen Osten die alten kapitalistischen und feudalen Herrschaftsmächte erneut ans Ruder gebracht oder sie vor dem Sturz bewahrt hat. In der Tschechoslowakei gelang die geplante Zurückwerfung der revolutionären Kräfte und die Hinüberziehung des Landes ins westmächtliche Lager dank besonderen Umständen nicht; statt dessen ergriff die Kommunistische Partei die Staatsmacht, wenn auch ohne Blutvergießen. Die kapitalistische Demokratie steht jedenfalls – wie hier immer wieder gezeigt wurde – in Westeuropa auf schwachen Füßen und kann je nach der Lage schon recht bald in eine offen reaktionäre Gewaltherrschaft umschlagen. In Frankreich ist es bereits geschehen – und die sozialistisch-demokratischen Kräfte haben keinen ernsthaften Widerstand geleistet. Werden sie auch in den übrigen Ländern der kapitalistischen Demokratie die wehrlosen Opfer der fortschreitenden Gegenrevolution werden? Und werden sich die Völker ebenso widerstandslos in den von den Herrschenden vorbereiteten Atomkrieg jagen

lassen? So fragen viele und empfehlen die Vorbereitung des bewaffneten Widerstands gegen alle faschistischen Umsturzgelüste.

Die heute verbreitetsten Formen sozialistischer Gewaltanwendung sind aber der Schutz revolutionärer Staatswesen gegen innere und äußere konterrevolutionäre Bewegungen und – damit verbunden – der revolutionäre Zwang zum Zwecke der einheitlichen Durchführung von Sozialisierungsmaßnahmen. Im Kampf gegen die innerrussische Reaktion und gegen die vierzehn kapitalistischen Staaten, die ihre Interventionskriege gegen die junge Republik führten, hat vor allem die Sowjetunion ein ganzes System revolutionärer Gewalt-, ja Terrormethoden entwickelt, das sich im Kern bis auf diesen Tag erhalten hat. Dazu kam dann jene russische Methode forcierter Industrialisierung, Modernisierung und Rationalisierung, die seither zum Vorbild für alle unterentwickelten Länder geworden ist, die ihren Rückstand gegenüber den alten Industriestaaten so schnell wie möglich aufholen wollen, und die besonders von China in gewaltigstem Maßstab angewandt wird. «Radikale Sozialisierung durch Schaffung und Sicherung einer rücksichtslos durchgreifenden zentralisierten Staatsmacht unter Zurückstellung der persönlichen und politischen Freiheitsansprüche» – das ist die Formel, nach der nicht allein die kommunistisch gewordenen unterentwickelten Länder ihre wirtschaftliche und kulturelle Revolution durchführen wollen, sondern auch recht reaktionäre Diktaturen wie die Türkei und Pakistan oder bürgerlich-nationalistische Autoritätsstaaten wie Ägypten-Syrien und Indonesien. Und es ist noch sehr die Frage, wie lange Indien sein großes Entwicklungsprogramm ohne diktatorische Behelfsmittel durchführen und die Riesennot seiner hungernden Volksmassen auch nur entfernt so erfolgreich überwinden kann, wie dies das kommunistische China tut.

Zum eigenen Wesen zurück! Gewalttätigkeit in all ihren Formen, also auch im Dienste der sozialen Revolution, entspricht nur allzusehr dem Wesen des natürlichen Menschen, der sich seine guten oder bösen, richtigen oder falschen Ziele selbstherrlich setzt und zu deren Erreichung die ihm am zweckmäßigsten scheinenden Mittel gebraucht. Aber sie widerspricht aufs klarste der Forderung des Evangeliums an den Menschen, das alles eigenwillige Machen verwirft, den Gehorsam gegen Gottes Willen lehrt und uns darauf vertrauen heißt, daß uns beim Trachten nach der Herrschaft Gottes und seiner Gerechtigkeit «all das andere obendrein gegeben» werde. Auch im Gemeinschaftsleben, dessen Unterstellung unter den Willen Gottes die gewaltigste Revolution wäre, die überhaupt denkbar ist. Das gesellschaftliche Unrecht und alles Böse überhaupt wird hier nicht auf dessen eigener Ebene und mit dessen typischen Mitteln bekämpft (wodurch es erst Macht und Dauer bekommt), sondern so, daß sich die Gemeinde Jesu über

das Böse stellt, ihm mit den Waffen der Wahrheit, Liebe und Heiligkeit entgegentritt und damit seinen Sturz herbeiführt. Praktisch-politisch schließt das ein Nichtmitmachen mit den Methoden der Welt in sich, besonders mit dem Betrieb des Gewalt- und Militärstaates und der Profit- und Ausbeutungswirtschaft, anderseits Aufbau einer auf freiwillige Brüderlichkeit und geistige Lebensrichtung gegründeten menschlichen Gemeinschaft.

Dem Sozialismus liegt dieser christliche Weg grundsätzlich fern. Er gehört einer Welt an, die sich längst von Gott und gar Christus losgesagt hat und ihre eigenen Wege geht, so sehr er auch in seinen besten Erscheinungen ganz bewußt sittliche Ziele verfolgt. (Karl Marx im besonderen steht ja durchaus auf den Schultern der altjüdischen Propheten und ihrer revolutionären Verkündigung.) Der Sozialismus erstrebt wohl eine Ordnung der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens, aber eben ganz auf menschlicher Ebene und mit nur menschlichen Mitteln. Er geht d i r e k t auf die Änderung der bestehenden Einrichtungen mit den wirksamsten materiellen Methoden aus, zu denen nach seiner Überzeugung namentlich auch politischer Zwang und militärische Gewalt gehören, deren Rechtmäßigkeit er immer anerkannt hat. Kurz, er ist höchstens Altes Testament, nicht aber evangelische Botschaft und Praxis. Und wenn wir uns nicht einfach auf die Verkündigung und Betätigung der christlichen Botschaft beschränken und den Sozialismus sich selber überlassen wollen, falls er nicht hören und umkehren wolle, dann müssen wir eben versuchen, seiner Weltlichkeit Rechnung zu tragen und ihn von s e i n e m Standpunkt aus weiterzuführen – möglichst weg von den Gefahren, die ihm auf dem Gewaltweg drohen. Wir werden ihn nicht zur Bergpredigt bekehren wollen und ihm den Weg des Kreuzes zumuten – dafür fehlen ihm allzusehr die Voraussetzungen –, aber wir werden uns bemühen, ihn zu seinem tiefsten Wesen zurückzuführen, von dem er so vielfach und so verhängnisvoll abgekommen ist.

Zu diesem seinem eigensten Wesen aber gehört, grundsätzlich gesprochen, unbedingt die Ablehnung der Gewalt, soweit sie als Vergewaltigung menschlichen Rechtes, menschlicher Freiheit und menschlicher Würde auftritt. Er lebt völlig aus dem Willen zur Schaffung einer Ordnung, in der endlich der Mensch zu seinem Recht kommt, in der der unendliche Wert, ja die Heiligkeit des Menschen anerkannt ist und Unterdrückung, Ausbeutung und Sklaverei jeder Art keinen Platz mehr haben – nicht nur in den wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Menschen, sondern auch im Verhältnis des Einzelmenschen und Bürgers zu seinem Staat. (Ich kann hier nur in Stichworten reden; der Leser greife aber wieder einmal zu der meisterhaften Schrift von Leonhard Ragaz: «Sozialismus und Gewalt». die vor vierzig Jahren über die tiefe Unvereinbarkeit des Gewaltprinzips mit dem Grundwesen des Sozialismus Endgültiges gesagt hat.)

Dieses sittliche Lebenselement des Sozialismus ist nun freilich in

der sozialistischen und Arbeiterbewegung als Ganzem nie in irgendwelcher Reinheit und Kraft zur Geltung gekommen. Bei Marx verband es sich zwar auf originelle Weise mit dem Interessenkampf und Machtstreben des unterdrückten Proletariats zu einer theoretischen Einheit. Aber in der Praxis des Klassenkampfes trat die sozialistische Gesinnung mehr und mehr hinter dem proletarischen Macht- und Interessenmotiv zurück, und damit wurden auch in der Theorie, um Hendrik de Man anzuführen, «Fragen der Gewaltanwendung bloß vom Standpunkte der unmittelbaren empirischen Zweckmäßigkeit beurteilt. Der Zweck heiligt die Mittel ... Der Weg zum Sozialismus erscheint als ‚Weg zur Macht', die soziale Revolution wesentlich als Umkehrung der sozialen Machtverhältnisse» – eine Entwicklung, die im Leninismus und Stalinismus in Lehre und Leben ihre verhängnisschwere Vollendung erfuhr und den Sozialismus seines sittlichen Gehaltes weithin entleerte.

Natürlich hat die bürgerlich-kapitalistische Welt keinerlei Recht, dem Sozialismus diese Wendung zum Vorwurf zu machen, huldigt sie doch noch viel hemmungsloser – gerade auch im Kampf gegen die soziale Revolution und den Kommunismus – dem Grundsatz, daß der gute Zweck auch das schlechteste Mittel, bis hin zur Atombombe, heilige, und eine verbürgerlichte Sozialdemokratie folgt ihr darin getreulich. Sie hat damit die Befreiungsbewegung der proletarischen Klassen und Völker mit Gewalt – im wörtlichen Sinne – dem militarisierten Kommunismus in die Arme getrieben und kann sich nicht beklagen, daß i h r e Kampfmethoden nun auch vom Klassengegner übernommen wurden. Aber eben darum, weil der revolutionäre Sozialismus mindestens mit den Mitteln, die er für die Erreichung seines Zieles gebraucht, die alten Herrschaftsklassen nachahmt und ihrer Sache damit in den Augen einer kurzsichtigen Welt einen Schein von Recht verleiht, ist die Tragödie so groß, in die er sich verstrickt sieht. Und darum kann es für ihn keine lebenswichtigere Aufgabe geben, als den sittlichen Grundcharakter der Bewegung, deren Fahnenträger er ist, wieder in aller Klarheit und Entschiedenheit herauszuarbeiten und ihm entsprechende Kampfmethoden und Verwirklichungsformen auszubilden. Auch wenn man ihm nicht zumuten darf, den Weg Christi zu gehen, soll der Sozialismus doch etwas von den Kräften spüren, die den Menschen auf diesem Weg zuwachsen. «Er gehört», wie Ragaz in der genannten Schrift sagt, «doch mehr zu der neuen als zu der alten Welt, also mehr zum Geist als zur Gewalt, mehr zum Menschen als zum Tier, mehr zu Christus als zu Cäsar. Weil die Gewalt nur zu natürlich ist, muß er dafür sorgen, daß das Gegengewicht desto stärker werde ... Denn woher stammt die M a c h t, mit der er zuletzt auftreten konnte? Nicht aus den materiellen Interessen, dem Klassenegoismus des Proletariates, die dieses sich organisieren hießen, sondern aus all dem Glauben und Wagen, Dulden und Kämpfen, Opfern und Entsagen der großen und kleinen Vorkämpfer des Sozia-

lismus, denen dieser, materiell betrachtet, nur Nachteil brachte.» Das ist heute noch so wahr wie im Jahr 1919, da es geschrieben wurde – ja heute, angesichts der ganzen Entwicklung des Sozialismus und der Weltlage, eher noch wahrer.

Von der Bändigung der Dämonen Was bedeutet das alles aber für den täglichen Kampf des Sozialismus um die Schaffung einer neuen Welt? Nun – Fritz Brupbacher, der Zürcher Anarchist, hat seinen Lebenserinnerungen («60 Jahre Ketzer») das etwas zynische Motto vorangesetzt: «Ich log so wenig als möglich.» So sollte der kämpfende Sozialist sich mit allem Ernst vornehmen: «Ich will so wenig als möglich mit der Gewalt zu tun haben.» Auch darüber hier nur einige Andeutungen.

Zunächst werden wir zugeben müssen, daß es für den Sozialisten echte Not- und Zwangslagen geben kann, in denen er vonseinem Standpunkt aus keine andere Wahl zu haben glaubt, als selbst zur Gewalt zu greifen, wenn er sich nicht fremder Gewalt unterwerfen will, und zwar ohne daß er das als Schuld empfindet (wie der Christ, der jede Gewalthandlung als Schuld empfindet, in die er sich vielleicht schon durch vergangene Fehler verstrickt hat); der nichtchristliche Sozialist würde es sich im Gegenteil als Verschuldung anrechnen, wenn er in einer solchen Lage nicht Gewalt anwendete, so sehr sich auch sein Inneres dagegen sträuben mag. Eine Zwangslage dieser Art führte zum Beispiel die russischen Bolschewiki zum bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Kerenski und zur Aufnahme des Bürgerkrieges – mitten im katastrophalen Zusammenbruch jeglicher Ordnung als Folge des verlorenen Krieges, unmittelbar vor der Drohung eines gegenrevolutionären Gewaltstreiches und dann nachher wieder im Angesicht des militärischen Eingreifens der ausländischen Reaktion, die das werdende neue Rußland durch Waffengewalt wie durch wirtschaftliche Sperre an den Rand des Unterganges führte. In dieser Lage den russischen Revolutionären den Weg Tolstojs oder auch nur der politischen Demokratie zuzumuten, wäre widersinnig gewesen; dafür waren sie und ihr Volk in keiner Weise reif. Ähnliches gilt von dem bewaffneten Kampf der chinesischen Kommunisten gegen die japanische Besetzungsmacht und das von den Amerikanern großzügig unterstützte Regime Tschiang Kai-schek.

Es gilt aber auch von der Notwendigkeit, die Industrialisierung und Modernisierung unterentwickelter Länder, besonders solcher, die dem Sozialismus zustreben, mit den Mitteln einer zentralistischen Diktatur durchzusetzen, zumal wenn das kapitalistische Ausland diesen Ländern jede irgendwie ausreichende Wirtschafts- und Finanzhilfe versagt oder ihre Gewährung an unmögliche Bedingungen knüpft. G. D. H. Cole, der verstorbene große englische Sozialist, stellt mit Recht fest (in seiner programmatischen Schrift «World Socialism

restated»): «Es ist wirklichkeitsfremd, sich vorzustellen, daß die Revolution in Rußland oder in anderen Teilen Osteuropas und Asiens mit den Methoden einer ‚liberalen' Demokratie hätte durchgeführt werden können – einer Demokratie, für die in jenen Ländern keine Überlieferung und keine Grundlage bestand, oder daß diese Länder am Tag nach der Revolution unter liberal-demokratischen Regierungsformen westlicher Art hätten einen geordneten neuen Zustand finden können ... Wer da sagt, Rußland oder China hätten nicht ‚kommunistisch werden' sollen, der sagt tatsächlich, die russische und die chinesische Revolution hätten überhaupt nicht gemacht werden sollen. Aber weit entfernt, dies zugeben zu können, sehe ich diese beiden Revolutionen als die größten Leistungen der modernen Welt an ... Ich bin nicht bereit, die Revolutionen zu verurteilen wegen der Mißbräuche, die bei ihnen vorgekommen sind; das wäre reinster Verrat an der Sache des Weltsozialismus.»

Wenn das gesagt ist, muß aber gerade vor der Begehung solcher Mißbräuche aufs eindringlichste gewarnt werden. Zum ersten: Nicht vorschnell oder leichtfertig das Bestehen einer Not- und Zwangslage anerkennen, die den Gebrauch von Gewaltmitteln rechtfertige, vielmehr alles tun, um das Eintreten einer Zwangslage zu verhindern! Das wird und wurde jedoch immer wieder schuldhaft unterlassen. In Italien und Deutschland, in Spanien und Österreich zum Beispiel wären der Faschismus und Nazismus nie aufgekommen, wenn es eine geschlossene und entschlossene sozialistische Bewegung gegeben hätte, die nicht nationalistisch verseucht und höchstens noch bürgerlich-reformistisch gesinnt gewesen wäre oder nicht einem falschen, putschistischen Revolutionarismus gehuldigt hätte. Die gegenrevolutionären Diktatoren fanden so einen nur zu gut vorbereiteten Boden vor und zugleich eine sozialistische Bewegung, die innerlich wie äußerlich gelähmt und auf die Länge widerstandsunfähig war, auch wenn sie zuerst zu kämpfen bereit war. Das wiederholte sich in Frankreich, zuerst beim Versagen der Volksfront vor dem Zweiten Weltkrieg, dann nach dem Krieg, als die Résistance auseinanderbrach, und zuletzt im vorigen Sommer, als der Verrat der Sozialdemokratie, die Starrheit der «rechtgläubigen» Kommunisten und der Nationalismus der weithin für den Algerienkrieg eingenommenen Arbeiter und bürgerlichen Republikaner jede ernste Gegenwehr wider den gaullistischen Halbfaschismus verunmöglichte. Wenn die sozialistische Bewegung Westeuropas aus dieser Erfahrung zu lernen vermag und einen charaktervollen, im besten Sinne revolutionären Sozialismus entwikkelt, dann braucht sie vor einem drohenden Neufaschismus keine Angst zu haben und gerät nicht in eine Zwangslage, die ihr nur die Wahl zwischen schimpflicher Kapitulation und aussichtslosem Kampf mit militärischen Mitteln läßt.

Mit militärischen Mitteln! Denn es gibt ja – und das ist das Zweite – auch im sozialen und innerpolitischen Kampf einen Wi-

derstand ohne Gewaltmittel, den gewaltlosen Widerstand, dessen Hauptform der Generalstreik ist. Das scheint man in der sozialistischen Bewegung fast ganz vergessen zu haben. Wie leidenschaftlich wurde einst in allen Ländern die Diskussion über den Generalstreik als revolutionäre Kampfwaffe geführt! Und was ist heute daraus geworden! Um so nötiger ist es, aufs neue mit allem Ernst nach Möglichkeiten zu suchen, um einer drohenden gegenrevolutionären Gewaltherrschaft – auch einem «kalten» Faschismus – mit anderen Mitteln als mit gewaltsamem Widerstand zu wehren und vorher alle, wirklich alle besseren, das heißt menschlicheren, sittlicheren Kampfmöglichkeiten zu erschöpfen, bis man sich entschließt, «zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr verfängt», zu greifen. Und wenn bei uns auch die geistige Vorarbeit noch nicht geleistet ist, die der gewaltlosen Befreiungsbewegung Gandhis und seiner Freunde ihren großartigen Erfolg sicherte, so kann diese Bewegung uns doch in eine Richtung weisen, die uns auf unsere westlich-sozialistische Art zum Ziel einer unblutigen gesellschaftlichen Umwälzung führt.

Wenn aber in einer wirklich unvermeidlich gewordenen Notlage keine andere Methode mehr übrig bleibt als die gewaltmäßige Abwehr der Gegenrevolution und die Zwangssozialisierung, dann wird sich der Sozialist – das sei als Drittes wieder in äußerster Knappheit gesagt – stets des dämonischen Wesens aller Gewaltübung tief bewußt bleiben. Das war wirklich der Fall bei einem Fritz Adler, der sich gezwungen fühlte, den Grafen Stürgkh, den damaligen österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten, zu töten, aber in seiner berühmten Verteidigungsrede das «Untermenschliche» seiner Tat freimütig anerkannte. Das war der Fall auch bei einem Gustav Landauer, einem Kurt Eisner, einem Karl Liebknecht, einer Rosa Luxemburg und all den anderen sozialistischen Revolutionären, die nur mit erschütterter Seele den Weg der Gewalt beschritten. Sie wußten, was heute wiederum vergessen scheint, daß nicht der hohe Zweck das niedrige Mittel heiligt, sondern das gemeine Mittel den edelsten Zweck entheiligt und daß die Sache der Revolution durch die Gewalt, die sie übt, schwer belastet, ja oft bis ins Mark verdorben und entstellt wird. Die ganze Geschichte der sozialistischen Revolutionen unserer Zeit bestätigt diese Wahrheit bis auf den heutigen Tag. Und das heiße Streben der Revolutionsträger in den Diktaturstaaten sollte darum auf das Ziel gerichtet sein, die Sache des Sozialismus und Kommunismus vom Fluch des Gewaltwesens zu lösen, den sittlichen Grundcharakter des Sozialismus ins helle Licht zu stellen und für seine Verwirklichung möglichst freiheitliche, volkstümliche Formen zu finden.

Daß solch eine Wendung ihre Gefahren hat, soll unbestritten bleiben; aber die Gefahren, die mit der Fortsetzung eines auch noch so «maßvollen» zwangs- und gewaltmäßigen Aufbaus der sozialistischen

Ordnung verbunden sind, übersteigen j e n e Gefahren bei weitem, nicht zuletzt darum, weil die bürgerlich-kapitalistische Welt, die alles getan hat und weiterhin tut, um die soziale Revolution auf den Gewaltweg zu stoßen und darauf festzuhalten, aus dem Zwangscharakter des «östlichen» Sozialismus immer neue Antriebe für ihren weltweiten gegenrevolutionären Kreuzzug schöpft. Den Christen und den sich demokratisch heißenden Sozialisten aber obliegt die heilige Pflicht, die Sache der radikalen gesellschaftlichen Umwälzung in den Ländern, die von ihr ergriffen sind oder für sie reif werden, zu der ihrigen zu machen und so mitzuhelfen, daß durch die Einstellung der Bekriegung des sozialistischen Aufbauwerkes die Versuchung gemindert wird, ja überhaupt wegfällt, den Sozialismus mit Gewaltmethoden zu verwirklichen.

22. April. *Hugo Kramer*

Zivilschutz?

Unsere Verteidigung besteht weder in Rüstungen noch in der Wissenschaft, noch im Verkriechen unter die Erde. Unsere Verteidigung besteht in Gesetz und Ordnung.

Albert Einstein, 1946

*

Viele Gebäude in den Städten weisen noch heute Pfeile auf mit der Inschrift: «Zu den Luftschutzräumen.» Sie könnten heute geradesogut beschriftet sein: «Zu den Todesfallen.» Die Satellitenländer so gut wie die freien Nationen Westeuropas sind heute wahrscheinlich schutzlos gegen Atomangriffe aus der Luft und können auch nicht verteidigt werden.

E. Rabinowitch, im «Bulletin of the Atomic Scientists», (USA), Nr. 1, 1956.

*

Sicherheit wird es für die Schweiz erst geben, wenn die ganze Welt gesichert ist.